

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im Oktober: 4. Woche M. 300 000 000. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 000 000 M. u. Großkontos 50 bei d. Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum i. Bez. Grundvor. M. 30 außerh. 35 einkl. Zus. Steuer. Nettomeile 70 M. Schlüsseljahr 12 Millionen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Kunstverteilung werden jew. 7 000 000 M. mehr berechnet. Schlag der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 249

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 25. Oktober 1923.

Februar 179

58. Jahrgang

Tagespiegel

Die angebliche Loslösung der Pfalz von Bayern unter Führung der Sozialdemokraten und Affizienz der Rheinlandkommission ist am Willen des Reichstages gescheitert.

Die erwartete Reichsratsitzung über den Konflikt Bayern und Reich hat nicht stattgefunden, aber eine Ministerpräsidentenkonferenz.

Der Reichskanzler begibt sich in Begleitung mehrerer Minister nach Hagen, um mit den Vertretern des Rheinlandes zu beraten.

Die Reichsregierung erließ eine Verordnung über die sofortige Ausgabe von wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Die rheinischen Sonderbündler sind aus einer Reihe von Städten vertrieben worden.

Der Aufruhr in Hamburg stellt sich als ein groß angelegter Kommunistenkupfisch dar.

Der Einmarsch der Reichswehrtruppen in Sachsen ist fortgesetzt worden. In Grimma und in Pirna ist es zu Zwischenfällen gekommen.

Bei der Reichsbahn werden die Personentarife ab Donnerstag um das Eineinhalbfache erhöht, die Gütertarife verdreifacht.

Wo stehen wir?

Vor dem Chaos, vor dem Zerfall, vor dem Ende Deutschlands — sagen die einen, und die andern: Es ist nur eine Episode, was wir erleben, man muß sich nur verständigen, eine Notgemeinschaft bilden und gegen den abwärtsführenden Teuerungstrudel sich stemmen, dann wirds auch einmal wieder besser; so kann es nicht weitergehen, man muß sich selber helfen oder wenigstens den Willen dazu haben.

Nichts von alledem wird Erfolg haben. Weder der Umsturz, noch die Zwangswirtschaft. Keine „Maßnahme“ — was haben wir in diesen letzten fünf Jahren schon von Verordnungen und Maßnahmen der verschiedenen Regierungen gesehen! — und kein Gesetz und keine Regierung, welcher Art sie auch sei. Hilfe und Besserung in den wirtschaftlichen Nöten und dem riesenhaften Maße der Teuerung und Geldentwertung kann nur wieder Geld, oder besser gesagt, Gold, bringen. Ausländischer Kredit, ausländische Geldhilfe in Verbindung mit einer völligen Neuordnung unseres ganzen parlamentarischen und staatlichen Apparats. Alles andere bedeutet nur ein Lawieren auf schwankender Grundlage.

Was verursacht denn den Markzerfall, die riesengroße Teuerung? Warum sind heute 150 Millionen Mark nur 1 Pfennig oder ein Milliardenzeichen nur fast 6 Pfennig? Weil das Ausland unser Geld so nieder bewertet, weil wir im Unfium Papiergeld gedruckt haben, weil wir täglich im Reich 10 mal mehr ausgeben als wir einnehmen, weil wir in wenig Wochen ein neues Geld haben, weil wir uns täglich selbst belügen, indem wir nach Goldmark rechnen und aber uns im Nullenrausch der Milliarden und Millionen abhegen. Noch tausend andere Gründe gäbe es. Vor allem politische, z. B. weil wir zu erfüllen versprochen, was wir nicht konnten, weil wir kein Vertrauen zu einander haben usw.

Darum brauchen wir als zweites eine neue innerpolitische Orientierung. Diese hängt zusammen mit der Verfassung und dem Parlamentarismus. Darum geht es bei dem Streit zwischen Bayern und dem Reich. Der Philosoph Spengler sagte schon: „Die entscheidenden Probleme liegen nicht in der Ausarbeitung von Verfassungen, sondern in der Organisation einer gut arbeitenden Regierung! Daran fehlt es. Reich und Länder haben sich unter der Weimarer Verfassung weit mehr auseinanderregiert als unter dem alten Obrigkeitsstaat Bismarckscher Verfassung. So betrachtet man in Bayern die derzeitige Krise mit dem Reich in erster Linie als eine Verfassungs- und Regierungskrise. Und der vom Reichsrat anzubahnde Ausgleich kann nur gefunden werden auf dem Wege

Die Bergewaltigung des Reichs.

Frankreich erklärt die Pfalz als unabhängigen Staat

Speyer, 24. Okt. Heute mittag 12 Uhr trat der pfälzische Reichstag zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Geheimrat Dr. Beyersdorfer richtete an den französischen General de Negh die Bitte, die Gefangenen und Ausgewiesenen der Heimat wiederzugeben. Hierauf verlas der französische Major Louis namens der Rheinlandkommission eine Erklärung:

„In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne die allerwichtigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, ferner in Anbetracht der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als unabhängiger Staat mit einer vorläufigen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser Staat Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der hohen Rheinlandkommission in Gegenwart und Zukunft zu strenger Ergebenheit (Loyalität) und Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Sicherstellung der geschuldeten Entschädigungen und der nötigen Sicherheit Frankreichs notwendig sind.“

Der Vorsitzende erklärte, die Parteien werden zu dieser Rundgebung Stellung nehmen; er unterbroch die Sitzung auf kurze Zeit und forderte den Führer der sozialdemokratischen Fraktion S. Hoffmann-Kallerslautern, der den Schritt der Rheinlandkommission veranlaßt hatte, sich zu äußern.

Der Reichstag verweigerte aber mit 18 Stimmen Mehrheit dem Abg. Hoffmann das Wort. Alle bürgerlichen Parteien lehnten die Erklärung der Rheinlandkommission mit Entrüstung ab.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden war, gab der Vorsitzende die Erklärung ab, daß der Reichstag in der aufgeworfenen Frage nach Art. 18 der Reichsverfassung gar nicht zuständig sei. Die bayerische und die Reichsregierung haben sich schon in vergangener Nacht mit der Frage eingehend beschäftigt und die Bildung eines neuen Staats in jeder Form als Landesverrat bezeichnet. (Stürmische Zustimmung.) Darauf begab sich um 4 Uhr eine Abordnung zu General Negh.

Hoffentlich wird die richtige Antwort der Reichsregierung nicht lange auf sich warten lassen. Die unerhörte Herausforderung des Reichs, die die „friedliche Aktion“ Poincarés mit Rücksicht beleuchtet, verdient die schärfsten diplomatischen Gegenmaßnahmen und die Bloßstellung der französischen Heuchelei vor aller Welt. Die bayerische Regierung dürfte wohl zunächst der französischen Gesandtschaft in München den Stuhl vor die weißblauen Grenzpfähle setzen. — Der Landesverräter Hoffmann ist wohl der frühere Ministerpräsident in Bayern, der nach der Vertreibung der Räteherrschaft die Regierung übernahm.

einer Verfassungsreform. So wie es jetzt ist, kann jede einzelstaatliche Regierung, die notwendig ist zur Erhaltung des Bundesstaats, vom Reich aus unterdrückt werden. Wir hätten z. B. im Süden in den letzten Jahren unter der Zwangswirtschaft viel bessere Verhältnisse im Ernährungsweisen der großen Städte gehabt, wenn nicht immer wieder die Reichsgewalt dringegeschrien hätte. Und die andere Seite liegt im Parlamentarismus, in der Parteiwirtschaft der Regierungen. Das gilt vor allem vom Reich. Nach dem Berliner Partei- und Koalitionsrezept soll man auch in München, Karlsruhe und Stuttgart regieren. Das tötet jedes Eigenleben der Länder, der Volksstämme und der Volksgeschichte. Also zunächst innere Reformen im staatlichen Apparat, in der Diplomatie und Politik, als den Grundlagen jedes Zusammenlebens. Dann aber auch eine nationale Grundtatsache schaffen, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern im wahrhaft deutschen Bewußtsein, frei von jeder Weltbürgerei und jedem Internationalismus!

Vermögen wir angesichts der Riesennot im Innern, des Zerfalls nach außen, des Bruchlamens in deutschen Ländern noch die Kraft zu dieser Erneuerung des staatlichen Lebens aufzubringen? Vermögen die Regierungen die Macht der überorganisierten Berufs-Wirtschaftsverbände zu sprengen, um das deutsche Volk und das Reich zu erhalten? Den Glauben an die Einheit des Reichs können uns selbst die schlimmsten Verhältnisse nicht rauben. Das ist ein Lichtblick. Aber drüben an Rhein und Ruhr wird mit den Sonderbündlern von entwaffneten Deutschen um die Erhaltung des schönsten, fruchtbarsten Landes im Reich gerungen, während im Innern die militärische Reichsmacht das Land Sachsen besetzt zur Herstellung ordnungsmäßiger Zustände. Und droben in Hamburg und in anderen Städten des Reichs erhebt sich der blutrote Aufruhr und nagt an den Wurzeln des Reichs. In der bayerischen Pfalz aber ist durch die Rheinlandkommission ein neuer Vertragsbruch vollzogen worden: Die Pfalz wurde zum selbständigen Staat erklärt mit Hilfe unserer Sozialisten.

Die Würfel des Schicksals rollen über das deutsche Land. Wer vermag es zu sagen, was die kommenden Tage bringen?

Der Aufstieg aus dem Sittlichen

In letzter Zeit ist von Regierungsstellen öfters davon die Rede gewesen, daß ein Aufstieg unseres Volkes nur vom Boden der Sittlichkeit aus zu erfolgen sei.

Der Begriff der Sittlichkeit ist umstritten. Nur über eine uralte Forderung menschlicher Sittlichkeit herrscht weitestgehende Übereinstimmung: die Forderung der selbstlosen Opferwilligkeit, der vorbedachten Hilfsbereitschaft. Sie in den

Mittelpunkt unseres privaten Schaffens wie unseres öffentlichen Lebens zu stellen, ist die Aufgabe der Gegenwart. Nun ist es gewiß unmöglich, den Gedanken opferwilliger Helfertums durch Gesetz oder Verordnung zu wecken. Er erwächst nur aus stiller Erziehungsarbeit, er muß vom einzelnen erlebt sein, um nachhaltig zu wirken. Es kann sich daher für die Reichsregierung nur darum handeln, denjenigen Kreisen die Betätigungsmöglichkeit zu sichern, die sich dieser Erziehungsarbeit und solcher opferwilligen Lebensführung widmen. Zu diesen Kreisen gehört vor allem die christliche Kirche, zu deren Kerngedanken der Opfergedanke gehört. Ihn noch schärfer, noch anhaltender zu verkünden und zu verwirklichen, wird sie aber nur in der Lage sein, wenn die unaufhörlichen Schwierigkeiten beseitigt werden, die ihr in den letzten Jahren von Kirche und Staat her entstanden sind. Durch unser kirchliches Leben geht seit fünf Jahren ein starkes Streben der Laien, abzielend auf die Heranziehung der Gemeindeglieder zu opferwilliger Mitarbeit bei der Bekämpfung der geistlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Nöte unserer Tage. Die gesunde Kraft dieser Bewegung erweist sich daraus, daß sie trotz aller Widerstände fortschreitet. Aber sie würde weit größere Erfolge aufweisen können, wenn sie nicht einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit auf die Abwehr der gegen sie gerichteten Angriffe verwenden müßte. Besseres hat die staatsferne betriebene Abschürfung der finanziellen Mittel der Kirche zu schweren Schäden an ihrer Arbeit geführt. Hier endlich einmal Wandel zu schaffen, würde eine Tat der Reichsregierung sein. Man hatte bisher den Eindruck, als fehle es im Rahmen der Reichsregierung an einer Stelle, die sich ständig und nachhaltig mit diesen Fragen beschäftigt, sagen wir einmal an einem Staatssekretär des sittlichen Wiederaufbaus. Er ist nicht minder wichtig wie die für den wirtschaftlichen Aufbau zahlreich vorhandenen Stellen.

Und ein ganz anderes Gebiet. Am gewaltigsten war der Hilfsgedanke in Deutschland durchgeführt auf dem Gebiet der sozialen Versicherung. Was hier in stiller Arbeit geleistet worden ist, wird immer ein Ruhmesblatt deutschen Geschichts bleiben. Heute droht der sozialen Versicherung und dem in ihr verkörperten Gedanken gemeinsamer Hilfeleistung der Zusammenbruch. Die Folgen eines solchen sind unaussprechlich. Die Ursache der misslichen Lage ist, wie überall, die Wertunbeständigkeit der Reichsmark, die es den Versicherungsträgern unmöglich macht, zwischen dem schnell entwertenden Beitragseingang und den unermesslich steigenden Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten eine Gleichgewichtslage herbeizuführen. Unter dieser anhaltenden Schwierigkeit setzt notwendig der Versicherungszweck. Der Versicherungsbetrieb erfüllt öffentliche Aufgaben wie Staat und Gemeinde. Daran ändert nichts seine grundsätzliche auf Selbstverwaltung aufgebaute Organisation. Wenn aus dieser Selbstverwaltung abgeleitet wird, wie es an Reichsstelle geschehen sein soll, daß die sozialen Versicherungsträger verpflichtet seien, sich nur aus eigener Kraft über die gegenwärtige schwierige Lage hinwegzuhelfen, so liegt darin eine arabe Verkenntung ihrer Selbsttätigkeitsmöglichkeiten, die



zum Untergang dieses großartigen Opfergedankens führen müßte. Mit der deutschen Sozialversicherung würde ein Hauptstück deutscher Sittlichkeit verschwinden, dessen Wiederbeschaffung schwerfallen würde. Die Hilfe, die hier vom Reich erwartet werden muß, kann nicht etwa eine „Verreichlichung“ der Betriebe sein, um mit der Notentpresse der Sozialversicherung noch ein kurzes Scheinleben zu sichern; selbst die den Gemeinden nach dem Landessteuergesetz zuteil werdende Gebaltsentlastung erscheint hier nicht erforderlich. Wohl aber kann wirksame Hilfe dadurch werden, daß das Reich den sozialen Versicherungsträgern wertbeständige Konten für ihre langfristigen Vermögensanlagen vorzugsweise mit den vom Reich oder von Ländern herausgegebenen wertbeständigen Anleihen unmittelbar bedenkt. Nachdem die privaten Großbanken in den letzten Wochen sich ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe in bedeutendem Umfang entzogen und damit auch den meisten sozialen Versicherungsträgern einen weiteren ständigen Verkehr mit ihnen unmöglich gemacht haben, liegt kein Grund vor, den Banken das tatsächliche Zeichnungsmonopol zu belassen. Reich und Länder sollten dazu übergehen, ihre wertbeständigen Anleihen in erster Linie den sozialen Versicherungsträgern unmittelbar anzubieten; sie würden im größten Umfang nicht nur willige Abnehmer finden, sondern damit auch die Not der Sozialversicherung beseitigen. Diese ist eine solche der Vermögensanlage.

Der Kreise, die den Opfer- und Hilfsgedanken pflegen und fördern, sind noch viele. Eins sei nur noch erwähnt, das Wichtigste. Seit den Jahren des Kriegs liegt über aller deutschen Opferwilligkeit der frostige Schatten ihres Mißbrauchs. Der alte deutsche Mittelstand, der jetzt vor unseren Augen zerrieben wird, geht an dem Mißbrauch seiner Opferwilligkeit zugrunde. Er gab Geld für Kriegsanleihe und das Reich gab ihm schlechtes Papiergeld bei tiefem Kursstand zurück. Er gab Metalle und andere Gegenstände aller Art, hoch gehaltene Erinnerungen alter Familiengeschichte, und sie wanderten nicht auf das Schlachtfeld. Wer kennt nicht das Schicksal hunderter abgelieferter Kirchenglocken! Unendliches Mißtrauen ist über solches und anderes in weiten Opferwilligen Volkskreisen entstanden. Solange nicht jeder Mißbrauch der Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft in deutschen Ländern öffentlich, weithin sichtbar angeprangert wird, solange nicht solcher Mißbrauch den schwersten Strafen unterliegt, soll man die Hoffnung auf den Aufstieg aus dem Sittlichen begraben. Ein Staat, der die Opferwilligkeit nicht schützt, darf nicht erwarten, daß diese edelste sittliche Regung eines Volkes in seinen Grenzen hochkommt.

Der Militärbefehlshaber an die Bevölkerung in Stadt und Land

Die Not in unserem Volk hat sich durch feindseligen Druck von außen, durch inneren Zwist und durch Mangel an Rohstoffen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln aufs traurigste vermehrt. Das Geld des Reichs hat kaum mehr Kaufkraft. Das neue goldwerte Geld ist noch nicht verfügbar. Wir stehen mitten in Tagen ernstester Sorge.

Demgegenüber muß sich das ganze Volk, müssen sich alle Berufsstände und Klassen, als Notgemeinschaft noch fester zusammenschließen. Nur in gegenseitiger Hilfe können wir über die schlimmen Zeiten hinweg zu besseren gelangen. Mit dem größten Nachdruck muß überall denen entgegengetreten werden, die jetzt noch die Volkskreise gegeneinander verfeinden. Ich werde Auswüchse dieser Art ohne Ansehen der Person und Richtung, von der sie kommen, mit der Schärfe unterdrücken, die unserer äußersten Notlage zukommt.

Im Augenblick ist die Not in den Städten am größten. Hunger ist der Keimboden der Verheerung und der Gewalttaten. Die Landwirtschaft darf sich der Gefahren, die auch ihr aus der Nahrungsmittelnot der städtischen Bevölkerung erwachsen, nicht verschließen. Der Fleiß des Bauern verliert seinen hohen, sittlichen Lohn, wenn nicht auch den Armen in der Stadt daraus das tägliche Brot erwächst.

Die diesjährige Ernte muß schneller als bisher in die Hände der hungernden Stadtbevölkerung kommen, und der Geldnot muß Rechnung getragen werden, ohne dem Landwirt den berechtigten Entgelt für seine Erzeugnisse zu ver-

sagen. Ich fordere alle Erzeugerkreise aufs dringlichste auf, dem Gebot dieser Stunde gerecht zu werden.

Ich verbiete jede Propaganda in Wort und Schrift, die die Zurückhaltung von Lebensmitteln zum Ziele hat. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 9. 23 bestraft.

Ich bevollmächtige die betreffenden Ministerien bezw. höchsten Regierungsbehörden, durch die ihnen unterstellten Ausführungsbehörden auf Grund des Ausnahmezustandes Schutzhaft über solche Verkäufer und Zwischenhändler zu verhängen, die in begründetem Verdacht stehen, Preissteigerung und unlauteren Handel mit Lebensmitteln getrieben zu haben. Die Verhafteten sind alsbald der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuzuführen.

In gleicher Weise ist gegen Felddiebe und Lebensmittelplünderer vorzugehen.

Das Ansehen von Goldmarkpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist nicht als unzulässig zu bezeichnen, es entspricht aber der traurigen Lage großer Verbraucherkreise und ist daher angezeigt, die Goldmarkpreise unter den Friedenspreisen zu halten. Selbstverständlich ist die Preisfestsetzung in Papiermark gleichfalls zulässig, die Preisgrenzen haben sich im wesentlichen nach der allgemeinen Marktlage zu richten. Daneben wird es Ehrensache leistungsfähiger Landwirte sein, bei Abgabe von Kleinmengen den Kleinverbraucher besonders billige Preise zu machen.

Jeder Landwirt ist verpflichtet, Bezahlung in Papiermark anzunehmen. Einer Bezahlung in Goldschahnanweisungen des Reichs werden zweckmäßigerweise Hindernisse nicht entgegengestellt. Es ist darauf hinzuweisen, daß Steuern in Goldschahnanweisungen zahlbar sind und ebenso Lieferungen des Stichtoffs- und Kalifondskats.

Die Landwirte fordere ich auf, sofern sie über 3 Morgen Kartoffel angebaut haben, dafür zu sorgen, daß bis Mitte November wenigstens 30 Prozent ihrer Ernte dem Verbraucher zugeführt ist. Ich werde i. Zt. feststellen, ob dieser Mahnung freiwillig in genügendem Umfang Rechnung getragen worden ist.

Die Regierungen ersuche ich, die Stadtgemeinden zu überwachen, ob sie die nötige Vorsorge dafür getroffen haben, daß auf den städtischen Märkten Kartoffeln zum Kleinkauf verfügbar sind. Andernfalls sind sie dazu anzuhalten und gegen die Säumigen Vollmachten zum Einschreiten von mir einzuhelfen, zu dem der Ausnahmezustand berechtigt.

Die Stadtgemeinden haben ferner bei der Preisbildung für die wichtigsten Nahrungsmittel in der Richtung mitzuwirken, daß die Sprünge, mit denen die Preise der Marktentwertung folgen, keine unerträglich plötzlichen werden. Ich ersuche die Regierungen, auch in dieser Hinsicht solche notwendigen Maßnahmen, zu denen nur der Ausnahmezustand die Handhabe geben kann, mir umgehend in Vorschlag zu bringen.

Ich erwarte, daß sowohl die Wirtschaftskreise, wie alle amtlich berufenen Stellen sich mit äußerster Tatkraft der Lebensmittelnot und Teuerung entgegenwerfen, damit wir über die Krisis der nächsten Tage hinwegkommen, bis die Maßnahmen des Reichs zur Schaffung eines wertbeständigen Gelds eine Besserung bringen können.

Der Inhaber der vollstehenden Gewalt im Wehrkreis V:
gez.: Reinhardt, Generalleutnant.

Zur Kriegserklärung der K. P. D.

In der Nacht vom 22. auf 23. 10. fand von kommunistischer Seite ein Ueberfall auf das Schießhaus im Feuerbachertal bei Eintracht statt, bei dem eine Anzahl von Gewehren geraubt wurde, die aber den Einbrechern durch die Polizei wieder abgenommen werden konnten. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden kommunistische Handzettel angeklebt, die den Zweck verfolgten, die Angehörigen der Reichswehr zur Gehorsamsverweigerung und Meuterei aufzufordern. Sie wurden von der Polizei entfernt. Es ist aber als Zeichen der politischen Gleichgültigkeit der Bevölkerung anzusehen, daß sie da, wo die Flugblätter noch nicht entfernt waren, in großer Menge davorstanden, ohne sie selbst zu beseitigen, wo doch jeder nüchtern denkende Mensch wissen müßte, daß eine Zerstückung des letzten Halts der Staatsautorität gleichbedeutend mit dem Ende der Allgemeinheit und jedes Einzelnen ist. Mehr Courage in solchen Fällen tut not.

Der Kammermusiker fuhr auf.

„Nur net aufreg'n!“ begütigte der Onkel. „Ihr Musiker sand's all' samt viel zu nervös! — Euer Bub is a Genie — so steht's in der Zeitung — und wenn er's geschickt anpackt, is dös grad' so viel wie Kapital, das heißt, er muß so komponieren, daß er Tantiemen dafür bekommt!“

„Er soll dem Geschmack der Menge nachlaufen?“ runzelte der Kammermusiker die Stirne.

„Er soll nicht nur Künstler, sondern vor allem Geschäftsmann sein! Schaut's Euch Eure Klassiker an, die haben alle mit einander g'hungert, schaut unfre Münchener Musikberühmtheiten an: Franz Lachner, Rheinberger und so weiter, was kriegen denn die für ihre Opern? Was kriegt aber der Meyerbeer?“

„Meyerbeer ist nur durch Reklame in die Höhe gehoben!“

„Do hobt Os as rechte Wort: Reklame!“

„Aber seine Musik ist durchaus feicht!“

„Aber seine Opern werden überall aufgeführt und er kriegt Tantiemen dafür!“

„Richard scheint mir doch als Komponist ernstest veranlagt, als dieser Meyerbeer.“

„Damit allein lockt er kan Hund vom Ofen!“ lachte der Onkel. „Da spielen sie draußen im Gärtnerplatztheater seit ein paar Monaten alle Abende Fatinitza! Die Handlung ist ein heilloser Blödsinn, die Musik g'sollt mir net b'fonders, aber der Verleger versteht dös G'schäft — da leut' laafen ins Theater! — Nächstens is de hundertste Aufführung, weil Reklame dafür g'macht wird. In einem Jahr sind Verleger und Komponist Millionäre. Glabts Os, de Welt wüßt was oun mei'm Wei', wenn ich ka Reklame machet?“

Erregt stand Vater Strauß auf:

„Bettel, Du machst Vergleiche, die beleidigend sind — und ein Operettenkomponist soll mein Sohn werden? Pfu!“

„Is't kein schlech'ts G'schäft! Denk an Offenbach!“

Der Staatsstreich der Sonderbündler

Berlin, 24. Okt. In Mainz ließen die französischen Behörden anschlagen, die Bevölkerung von Aachen sei bei der Ausrufung der „Rheinischen Republik“ in Unruhe ausgebrochen. Die Reichsregierung hat gegen diese dreifache Unruhe Einspruch erhoben. Weiter hat die Reichsregierung bei der französischen Regierung anfragen lassen, ob ihr bekannt sei, daß in Ehrang den Eisenbahnern, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, von der französischen Behörde die Bedingung vorgegeschrieben worden ist, daß sie Mitglied der Sonderbündler-Partei werden und einen Beitrag von 4500 Mark zu dieser Partei zahlen müssen. Da die Reichsregierung kaum in der Lage ist, die im befohlenen Gebiet entstehende Not zu lindern, hat sie sich an das Rote Kreuz des Auslands gewandt mit der Bitte, im Fall einer Hungersnot beistand einzugreifen. Von einem Neutralen ist bereits eine Zusage eingegangen. Die Ruhrindustrie hat bei der Reichsregierung angeregt, wenigstens die Kosten für Entschädigungslieferungen, die die Industrie etwa mit Hilfe eines ausländischen Kredits leisten kann, ihr zuzuschreiben und für gewisse Steuern in Anrechnung zu bringen. Die Reichsregierung ist grundsätzlich nicht abgeneigt, falls ein ausländischer Kredit zustande kommt und die Bergarbeiterverbände damit einverstanden sind; die Reichsschädigung würde aber erst gegeben werden, wenn die Reichsfinanzen wieder in Ordnung sind.

In Mörz werden etwa 1000 Sonderbündler in den Räumen der Befehlshaberbehörde gelieft.

Der Pariser „Matin“ schreibt das Wüstlingen des Staatsstreichs dem Mangel an Kühnheit und Disziplin bei den Sonderbündlern zu.

Neue Nachrichten

Ausruf des Reichsernährungsministers

Berlin, 24. Okt. Der neue Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, Graf Kanitz, erläßt einen Ausruf an seine Berufsgenossen, die Landwirte. Zum erstenmal, heißt es in dem Ausruf, ist ein praktischer Landwirt zum Landwirtschaftsminister ausersehen worden. Ich bin aus meiner (deutsch-nationalen) Partei ausgetreten, weil ich der Ansicht bin, daß auf dem Weg rein parteipolitischer Auseinandersetzung Deutschland nicht gerettet werden kann. Deutschlands Not ist nicht zum wenigsten durch den erbitterten Parteikampf hervorgerufen. Im derzeitigen Reichskabinett werde ich nur für mein Vaterland arbeiten und meine Aufgabe darin sehen, im Rahmen des heute Möglichen Nahrungsmittel für das hungernde Volk zu schaffen. An den Landwirten ist es, die größte Not lindern zu helfen und an der Ueberbrückung der sich täglich erweiternden Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern zu arbeiten. In der größten Not des Vaterlands darf niemand abseits stehen, ohne daß das Reich zerfällt und Deutschland untergeht. Darum habe ich mich zur Uebernahme des heute am wenigsten beliebten Ministeriums entschlossen. Berufsgenossen, denkt an die furchtbare Not in den Städten! Helft mir bei der schweren Aufgabe, schnellstens Lebensmittel zu schaffen!

Forderungen der freien Gewerkschaften

Berlin, 24. Okt. Der Vorstand des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbunds legte dem Reichskanzler folgende Forderungen dar: 1. Beschaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger, 2. Bereinstellung der notwendigen Lebensmittel, 3. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge. Sollte die Reichsregierung die Forderungen nicht umgehend erfüllen, so werden die freien Gewerkschaften zu weiteren Maßnahmen greifen. Der Reichskanzler sagte sofortige Hilfe zu.

Die Demokratie gegen Bayern

Berlin, 24. Okt. Der Vorstand der Demokratischen Partei erklärte sich dem Reichskanzler gegenüber gegen Zugeständnisse an Bayern hinsichtlich der im Reichsrat beschlossenen Berücksichtigung bayerischer Sonderrechte wie sie vor der Weimarer Verfassung bestanden haben. Das Reich müsse keine jegliche Ueberordnung in vollem Umfang wahren.

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikoman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

Nachdruck verboten.

„Aber ich hab's doch no' zu was' bracht und lach all' die G'studenten mit ihrer sogenannten Akademischen Bildung aus.“ vollendete der Weinändler.

„Ja, wenn Du bloß aus Geld denkst!“ warf Strauß ein.

„An was denn sonst!“ Für den Idealismus gibt Euch keiner an Groschen. Allen Respekt vor der akademischen Bildung, vor der Musik, vor der Malerei, aber zuletzt heißt's doch: Erfolg muß der Mensch haben, ob er nun Weinändler ist oder Arzt oder Künstler, ist ganz gleich.“

„Aber der Erfolg, den Richard gestern Abend hatte!“

„So“, lächelte gutmütig der Onkel. „Wie viel Honorar hat er denn kriegt?“

„Honorar hat er natürlich noch keines bekommen!“ entgegnete verlegen die Mutter, „aber bedenke doch die Ehre, daß das Walthersquartett seine Kompositionen ins Programm aufnimmt!“

„Damit kommt er nicht weit!“

„Höre, Bettler“, begann jetzt in gereiztem Ton der Kammermusiker, „es ist nicht höflich von Dir, Dich an meinen Tisch zu setzen, um meinen Buben nach dem gestrigen Abend Erfolg klein machen zu wollen. Das ist bloß Reid von Dir, weil...“

... weil meine Buben dümmere sind, als der Deutige! Das weiß ich schon. Dafür kriegen's einmal mein Geld und so weit langt die G'scheitheit schon, daß sie damit umgehen können,“ entgegnete ohne jede Gemütsbewegung der Onkel. „Ihr meck't ja gar net, wo ich' naus will! Ich mein' es gut mit Euch und will Euch helfen, daß Eueren Sohn sein Talent auch Zinsen trägt. Sonst bleibt er sein' Lebtag an arm's Luder, und soweit ich ihn kenn', ist er zum Hungerleiden nicht g'schaffen. Wie weit reichet denn Du mit Deinem Gehalt als lgl. Kammermusiker, wenn Dir Dei' Frau net a paar tausend Gulden in die Ch' gebracht hätt!“

„Ich kann über die Kunst nicht so reden hören!“ fuhr der Kammermusiker auf.

„Darum hast Du's auch nie zu Geld gebracht, hättest vielleicht als Musiker das Zeug dazu g'hobt! Und wenn Du die Reklame verachtest — Deinem Sohn solltest Du Deine almodischen Anschauungen nicht aufdringen. Ohne Reklame hat sich auch Richard Wagner so lang g'trettet, bis unser König...“

„Um Gottes Willen, Bettler!“ unterbrach ihn Frau Strauß, „dies Thema hättest Du lieber nicht anschlagen sollen!“

Herr Strauß, der schon vom Fröhlichwerden etwas angeheitert war und jetzt infolge der erregten Auseinandersetzung rascher getrunken hatte, war in Hitze geraten. Als nun gar das Stichwort Richard Wagner fiel, war es aus mit seiner Selbstbeherrschung. Mutter und Sohn legten die Arme um den Vater und baten ihn inländig, ruhig zu bleiben — der Onkel verfechte doch nichts von Musik und habe ihn nicht beleidigen wollen.

Der Onkel aber, der seinen Bettler auch kannte, räumte das Feld und wandte sich zum Gehen.

„Ihr werdet an mich denken!“ sprach er zum Abschied zu Frau Strauß. „Ich hab Euch helfen und den Richard finanzieren wollen, das geht nicht mit Sonaten und Fugen. Aber mit Deinem Mann ist nicht ruhig zu reden.“

„Wie konntest Du auch in seiner Gegenwart von Richard Wagner sprechen!“

„Doch nur als Beispiel dafür, daß es auch in der Musik nur mit Reklame geht.“

„Du hast seinen Künstlerstolz beleidigt.“

„Und er meinen Geschäftstolz! Aber ich nehm's ihm nicht übel! Künstler sind Kinder — aber die Welt dreht sich nur um das!“

Er machte mit den Fingern die Bewegung des Geldzählens und empfahl sich rasch.

Richard begab sich in sein Zimmer und arbeitete an seinem demnächst zur Aufführung kommenden Streichquartett die „Verbesserungen“ aus, die sein Vater angeordnet hatte. — (Fortsetzung folgt.)

Teuerungskrawalle

Berlin, 24. Okt. In Berlin und in vielen anderen Städten des Reichs haben am Dienstag neue Krawalle stattgefunden.

Schwere Kämpfe in Hamburg

Hamburg, 24. Okt. In Hamburg und Wandsbek kam es zu schweren Kämpfen der Ordnungspolizei mit den Kommunisten. Von der Polizei wurden 7 Mann getötet, 19 schwer und eine größere Zahl leicht verwundet. Am heftigsten wurde in den Arbeitervorstädten Barmbeck und Dornhilde gekämpft. Aus den Häusern und von den Dächern wurde auf die Polizei geschossen. Abends brachen dort die Kämpfe aufs neue aus. Durch die Polizei wurden 14 Tote und 106 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert. Der Kreuzer „Hamburg“ und mehrere Torpedoboote der Kriegsmarine sind zur Unterstützung der Polizei im Hafen eingelaufen. Der Aufstand war sorgfältig vorbereitet.

Kartoffelbeschaffung in Sachsen

Dresden, 24. Okt. Auf Anregung des Befehlshabers im Wehrkreis 4, Generalleutnant Müller, haben Industrie, Handel und Banken in Sachsen sich bereit erklärt, einen größeren „Kartoffel- und zinsfreien Vorschuss in wertbeständigem Geld zur Kartoffelbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Die Summe wird von einer besonderen Gesellschaft verwaltet und unter Mitwirkung des Kommandos dem berechtigten Handel gewährt, der sich verpflichtet hat, Kartoffeln zu angemessenen Preisen an die Großstädte und Industriebezirke zu liefern.

Die August-Thyssen-Hütte stillgelegt

Essen, 24. Okt. Die August-Thyssen-Hütte in Hamboorn steht infolge der durch die allgemeine politische Lage entstandenen finanziellen Schwierigkeiten gezwungen, von heute ab die gesamten Veranlagen einschließlich aller Nebenbetriebe bis auf weiteres stillzulegen. Betroffen werden etwa 13—14 000 Arbeiter und Angestellte, für die nunmehr die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden muß.

Der Sonderbündlerstreik mißglückt

Berlin, 24. Okt. Nach den hier eingelaufenen Meldungen kann der neueste Streik der Sonderbündler als mißglückt betrachtet werden. Die Bevölkerung kümmert sich um die „Reichsregierung“ nicht, sie hat nichts zu regieren. In den meisten Städten, die sich von den Banden hatten überzumpeln lassen, sind die Sonderbündler wieder verdrängt, ihre Fahnen wurden herabgerissen und zerrissen. In Wiesbaden sind die Sonderbündler aus allen öffentlichen Gebäuden hinausgeworfen, nur das Rathaus halten sie noch besetzt. In Groß-Gerau und Erkelenz ist die Ordnung wieder hergestellt. In Aachen durchzog am Dienstagabend eine große Menschenmenge die Straßen mit den Rufen „Nieder mit den Sonderbündlern!“ Stoßtrapps der Berräter wurden entwaftet und verprügelt. An einem vierstöckigen Haus kletterte ein junger Mann von außen aufs Dach und warf die grün-weiß-rote Fahne auf die Straße, wo sie verbrannt wurde; auch vom Reichsbankgebäude wurde die Fahne herabgerissen. Die Feuerwehr verjagte die Sonderbündler vom Rathaus. Der Reichskanzler hat den Gewerkschaften in Aachen den Dank der Reichsregierung ausgesprochen.

In Tübingen wurden die Sonderbündler, die durchweg aus Verbredergelinde bestanden, von der Bevölkerung förmlich aus der Stadt hinausgeprügelt. In Koblenz wurden die Sonderbündler aus den öffentlichen Gebäuden vertrieben. Die Stadt Ahrdt ist nach blutigen Kämpfen befreit. Es gab mehrere Tote.

Die Sonderbündler halten zurzeit noch das Regierungsgebäude in Aachen. Sie bekamen nachts Waffenverstärkung.

Absperrung der holländischen Grenze?

London, 24. Okt. „Daily Mail“ meldet aus dem Haag, daß die Bewachung der holländischen Grenze verstärkt worden sei. Man befürchte in Holland den Einbruch hungernder Deutscher.

Zur Frage der Kartoffelversorgung

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: Am 23. 10. vorm. fand im Wehrkreiskommando zu Stuttgart in Gegenwart amtlicher Sachverständiger eine Besprechung des Generals Reinhardt mit Vertretern der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und anderer Verbraucherverbänden statt. Gegenstand der Besprechung bildete die Kartoffelversorgung, die seitens des Militärbefehlshabers zurzeit als dringendster Notstand im Rahmen der schwierigen Lebensmittelversorgung der Bevölkerung betrachtet wird.

Württemberg

Stuttgart, 24. Okt. Ueberwachung des Vieh- und Fleischhandels. Das württ. Ernährungsministerium bestimmt, daß Personen, die in Württemberg mit Vieh, frischem Fleisch oder Gefrierfleisch Handel treiben oder gewerbsmäßig Gelegenheit zum Abschluß von Geschäften über Vieh nachweisen wollen, künftig auch, wenn sie bereits die Erlaubnis einer nichtwürttembergischen Behörde besitzen, für Viehmärkte und für den Ankauf vom Viehhändler noch eine besondere Erlaubnis der württ. Landesversorgungsstelle, württembergische Metzger und Hersteller von Fleischwaren, soweit sie für ihren Gewerbebetrieb Vieh oder Frischfleisch unmittelbar vom Viehhalter erwerben wollen. Die Verfügung tritt am 1. November in Kraft.

Die Kartoffelversorgung. In einer Besprechung beim Militärbefehlshaber am Dienstag erklärten sich die Vertreter der Landwirtschaftskammer und der landw. Verbände damit einverstanden, daß, wie in Bayern, Landwirte, die über drei Morgen Kartoffeln gepflanzt haben, aufgefordert werden, bis Mitte November 30 Prozent ihrer Ernte dem Verbrauch zuzuführen. Es soll bei dem nach Goldmark berechneten Friedenspreis bleiben. Die Ankündigung des Befehlshabers, daß die Händler und Preistreiber eingesperrt und Festbühnen strengstens verfolgt werden, fand lebhafteste Zustimmung. Staatsrat Rau teilte mit, daß täglich in Stuttgart, namentlich aus Norddeutschland, 40—45 Eisenbahnwagen Kartoffeln eingehen, während die Eingänge aus dem eigenen Land immer noch bescheiden sind.

Auch die Brotpreise sind nun in Stuttgart in die Milliarden eingedrückt. Nachdem erst am 23. Oktober die Brotpreise verdoppelt worden waren, wurden sie am 24. Oktober wieder folgendermaßen erhöht: 85pro. Schwarzbrot

1,7 (gestern 0,68) Milliarden, 75pro. Schwarzbrot 1,95 (0,8), Weißbrot 2,2 (1) Milliarden das Kilo. Ein Doppelwecken 0,2 (0,1) Milliarden.

Der Brotpreis. Das württ. Staatsministerium hat in einer Sitzung festgestellt, daß die Erhöhung des Brotpreises von 0,68 auf 1,7 Milliarden bei einem Wehlpreis von 75 Milliarden für den Zentner, der noch unter dem Marktpreis liegt, nicht zu vermeiden ist. Wenn die Bäcker gezwungen wären, billiger zu liefern, so müßten sie in wenigen Tagen erliegen und die ganze Brotversorgung würde zusammenbrechen. Zu einer Verbilligung aus öffentlichen Mitteln, die in Württemberg allein Hunderte von Millionen täglich kosten würde, sind keine Mittel vorhanden. In Berlin kostet das gleiche Gewicht Brot 2,5, in München 2,4 Milliarden Mark. — Es ist angeordnet, daß den Erwerbslosen bei der Donnerstag fälligen Zahlung das Doppelte des bis jetzt bewilligten Betrages ausbezahlt wird. Für die Sozial- und Kleintatner ist Auszahlung bis zum 4fachen Betrag der für die zweite Oktoberhälfte bewilligten Unterstufungen verfügt.

Geschäftsschluß um 5 Uhr. Infolge der ungeheuren Kosten für Beleuchtung und Heizung sieht sich der Einzelhandel in Stuttgart gezwungen, die Geschäfte ab 1. November um 5 Uhr nachmittags zu schließen. Die Lebensmittelgeschäfte werden ihre Verkaufsstellen bis halb 6 Uhr geöffnet halten.

Badrang, 24. Okt. Bluttat. Der Gerber Fritz Kutteroff lebte mit seiner zweiten Frau oft in Unfrieden, weil diese gegen die Kinder erster Ehe eine Abneigung zeigte. Am Montag schnitt Kutteroff auf der Bühne des Hauses sich und einem 4jährigen Töchterchen die Halsschlagader durch.

Rohrdorf, 24. Okt. Raub. Der Vereitelter Einbruch. In der Fabrik der Gebr. Seeger wurde einzubrechen versucht. Die Diebe hatten es wohl auf die Vorräte an Tuch und Garn abgesehen. Sie wurden aber gestört und flüchteten auf einem bereitstehenden Auto in der Richtung Altenstolz.

Nedarjalm, 24. Okt. Vorgeschichtliche Funde. Bei Grabarbeiten zu einem Neubau der Redarjalm Fahrzeuwerke an der Sulm wurden interessante Funde gemacht, darunter das Gerippe eines Pferdes und verschiedene Tongeräte, eine Lampe mit dreieckiger Seitenöffnung, die zweifellos aus sehr früher Zeit stammt.

Hofen, 24. Okt. Ein Zeitbild. 10 bis 12 brennende Burshen im Alter von 17—22 Jahren kamen vor der Gasthof Zum Oshen und fragten einen allein davor stehenden auswärtigen Herrn: „Wo bist du her?“ Als er entgegnete, „das geht Sie doch nichts an“, wurde ihm ins Gesicht geschlagen, daß das Blut herunterfloß. Der Angegriffene setzte sich mit seinem Stock zur Wehr. Sofort fiel der ganze Haufen über ihn her und schlug auf ihn ein, wobei Rufe hielten: „Sticht ihn tot, macht ihn kaputt!“ Dem Angegriffenen, einem Mitte der 30er Jahre stehenden Mann, der den Feldzug mitgemacht hatte, wurde der Stock entzogen, die goldene Uhrkette abgerissen und die Uhr beschädigt. Er suchte sein Heil in der Flucht. Harmlose Passanten, darunter auch Frauen, wurden von den Röhlingen ohne jeglichen Anlaß mißhandelt. Ein jüngerer Herr aus Willbad erhielt sieben Messerstiche in den Kopf. Ein Herr aus Pforzheim wurde ebenfalls schwer mißhandelt. Unterhalb Stunden zog sich die Rauferei hin, so daß Landjäger von Neuenbürg gerufen werden mußten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Schopfloch, 24. Okt. Revolverhelden. Unsere friedliche Bauernschaft wurde in der letzten Woche wiederholt von ungerufenen Elementen belästigt. In der Nacht auf Sonntag wurde auf Polizeidiener Ernst Faust bei seinem nächtlichen Dienstgang am östlichen Ortsrand von zwei Unbekannten drei Revolverschläge aus nächster Nähe abgefeuert. Sein durchschossener Rock zeigt dafür, daß er nur durch gütiges Geschick nicht mit einem Bauchschuß liegen blieb.

Biffingen a. Enz, 24. Okt. Preistreibererei. Der Landwirt Ernst Breitenbücher, der nebenher wilden Kartoffelhandel treibt, verlangte für den Zentner 6 Schweizerfranken. Das Wucheramt beschlagnahmte die Kartoffeln, Breitenbücher wurde festgenommen.

Kirchheim u. L., 24. Okt. Im Zeitalter der Diebe. In der Nacht wurde in dem Laden von E. Vader in der Marktstraße eine Fensterscheibe eingedrückt und Waren im Wert von drei Billionen Mark entwendet. — Einem Dienstmädchen wurden Kleider, Leibwäsche und Schuhe im Wert von 80 Milliarden entwendet. Die Diebin wurde auf dem Bahnhof vor der Abfahrt nach Wiesbaden ergriffen.

Oberstfeld, 23. Okt. (Wein.) Bei der Versteigerung des Portugienser waren zahlreiche Wirte und Weingärtner anwesend. Erzielt wurde 90 Goldmark pro Hektoliter, umzurechnen nach dem Satz für die Landabgabe am Tage der Zahlung. Quantität schlägt allgemein etwas vor.

Spaichingen, 24. Okt. (Schandhuben.) Die Sprengungen des Bienenlandes von Oberlehrer Maier in Aichheim ist nun aufgeklärt worden. Haupttäter und Anstifter sind der lebige, 20 Jahre alte Harmonikamacher Johs. Faisch und der verheiratete 30 Jahre alte Schreinermeister Pius Häring. Sie fertigten den Sprengkörper und bingten zur Ausführung der Tat den 17 Jahre alten Landwirtsjohn Konrad Mey und den gleichaltrigen Schreiner Josef Hengstler. Die beiden jungen Leute führten gegen eine Belohnung von je 20 Millionen Mark die schändliche Tat aus, die Oberlehrer Maier einen Schaden von rund 50 Milliarden Mark zugefügt hat. Sämtliche Beteiligten sind verhaftet.

Notzweil, 24. Okt. (Ehrung. — Wahl.) Stadtschultheiß Gläcker wird nach einem Beschluß des Gemeinderats bei seinem Rücktritt am 1. Dezember d. J. das Ehrenbürgerrecht verliehen werden. — Die Wahl des neuen Stadtvorstands ist auf Sonntag, 9. Dezember, festgesetzt worden.

Contheim a. Br., 24. Okt. (Baumfrevel.) Nachts wurde an den Obstbäumen an der Niederstoppinger Straße eine große Verwüstung angerichtet. 57 junge Obstbäume, 3—5jährig, wurden total abgeknippt und 26 andere schwer beschädigt.

Baden

Karlsruhe, 24. Okt. Die Regierung hat bei den Stadtgemeinden angeregt, angesichts der allgemeinen Notlage wieder öffentliche Speisungen einzurichten, wie sie während des Krieges in den Kriegsküchen bestanden.

Karlsruhe, 24. Okt. Die Stadtverwaltung hat für die Kartoffelbeschaffung bisher Kredite in Höhe von 70 Billionen ausgedrückt und über 100 Eisenbahnwagenladungen verkauft.

Die Milchzufuhr geht immer mehr zurück. Für Gas- und Strompreise wird die Goldmarkberechnung eingeführt.

Bei einem Ehestreit hat ein hiesiger Schmied seine Frau mit dem Messer schwer verletzt und sich selbst lebensgefährliche Wunden beigebracht. Der Hiltopf hat schon früher einmal einer andern Frau, zu der er Beziehungen hatte, den Bauch aufgeschlitzt und dafür eine längere Freiheitsstrafe verbüßt.

Aus Mangel an Mitteln wird der Hauptbau des städt. Krankenhauses geschlossen, damit an Heizungskosten gespart werden kann. — Der Stadtrat beschloß, die Gedächtnisfeier für die Gefallenen am Allerheiligentag zu übernehmen, da die Kriegervereine sich dazu außerstande erklären mußten.

Manusheim, 24. Okt. Der bei der Post angestellte 27jährige Friedrich Hittschel hatte eine größere Anzahl von Auslandsbriefen unterschlagen. Vom Schöffengericht wurde er zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Offenburg, 24. Okt. Dem Bergmann Philipp Lienhard in Verhauptein bei Offenburg wurde die badische Rettungsmedaille verliehen.

Votales.

Willbad, den 24. Okt. 1923.

Abkühlungszahlung an die Staatsbeamten. An Stelle der für das vierte Monatsviertel abgegebenen Beträge sind zu zahlen: an Orien ohne örtl. Sonderzuschlag das 76 000fache, mit örtlichem Sonderzuschlag nach der 1. Stufe das 76 700fache, nach der 2. Stufe das 78 600fache, nach der 3. Stufe (Stuttgart) das 80 560fache, nach der 4. Stufe (München) das 82 460fache, nach der 7. Stufe (Berlin) das 87 780fache der Grundbezüge.

Erwerbslosenfürsorge. Laut Anordnung des württembergischen Arbeitsministeriums ist bei der Erwerbslosenfürsorge der Vorschuß in der laufenden Woche nicht in einfacher, sondern in doppelter Höhe des Unterstufungsbeitrags der Vorwoche zu gewähren.

Der Goldstraken wird im Auslandspostverkehr ab 23. Oktober zu 8,9 Milliarden Papiermark berechnet.

Goldrechnung im Postverkehr. Wie die Expreskorrespondenz erfährt, beabsichtigt der Reichspostminister alsbald im Postverkehr auf die Goldbasis überzugehen. Die Vorbereitungen sind so weit abgeschlossen, daß bereits ab 1. November bei den Postämtern die Goldrechnung eingeführt werden kann.

Die Schlüsselzahl für Anzeigen. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für die Anzeigen mit Wirkung vom 23. Oktober ab auf 12 Millionen festgesetzt.

Die Richtzahl im Buchdruckgewerbe beträgt ab 24. Okt. 600 (300) Millionen.

Neue Erhöhung der Eisenbahngebühren. Die Schlüsselzahl für die Personalfahrpreise der Eisenbahn wurde ab 25. Oktober auf 1½ Milliarden (seit 18. Okt. 600 Millionen), für Frachtverkehr auf 3 (1) Milliarde erhöht.

Der Hundertmillardenschein wird in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen.

Das Kündigungsrecht beim Fernsprecher. Das Fernsprechtariffgesetz enthält bei Gebührenerhöhungen auf Grund einer Schlüsselzahl kein außergewöhnliches Kündigungsrecht für die Anschließer. Die Reichspostverwaltung hat eingesehen, daß dies gegenüber den Fernsprechteilnehmern eine Ungerechtfertigkeit ist, und es soll künftig eine Kündigung des Anschlusses auch ohne Einhaltung der Frist auf jedes Kalenderquartalsjahr auf Antrag ermöglicht werden, wenn der Teilnehmer infolge der Wirtschaftslage außerstande ist, die erhöhten Fernsprechtgebühren zu zahlen.

Eine Milliarde — 10 Pfennig. Wer erinnert sich nicht noch des Schreckens, als es hieß, die Mark ist nur noch den zehnten Teil, 10 Pfennig wert! Nur die Schieber und Wucherer hatten ihre Freude dran. Das war Ende 1919. Als dann die Mark weiter und weiter hinabglitt und ein Laufendmarktschein nicht mehr galt als früher ein einfacher „Nickel“, etwa Mitte 1922, war des Entsetzens kein Ende. Die Ersparnisse aus guter alter Zeit waren fast ganz entwertet, reiche Leute gingen an zu dorben und zu verelenden. Die Schieber und Spekulanten kauften sich „Wertbeständigkeiten“ aller Art. Bankhäuser schossen wie Pilze aus der Erde. Heute ist die Milliarde dran; die Neuyorker Börse bewertete am 23. Oktober die Milliarde Mark umgerechnet mit 10 alten Goldpfennigen. Die Sparvermögen sind verdunstet, was an kleinem Besitz in Betrieben usw. noch vorhanden ist, saugen die sogenannten Notsteuern vollends auf. Die Gehälter und Löhne können nicht mehr bezahlt werden; ein Papierchein, der heute noch einen gewissen Wert hatte, ist morgen um mindestens die Hälfte entwertet. Notwendige Lebensmittel sind unerschwinglich, Hunger und Kummer sehen aus den Augen. Und nie hat es, trotz Ruhesteuern, so viel Luxuswagen, Motorräder usw. gegeben, nie sind die Banken und Börsen besser besucht und lobender gewesen als heute. Es muß doch wohl ein Zusammenhang sein zwischen der Politik, dem Markkurs, dem Volkselend und der Schieber- und Spekulantenergie.

Inzwischen ist die Mark weiter um fast die Hälfte entwertet worden.

Eine Bank in Ebingen lieferte dieser Tage einen großen Handlaren voll Papiergeld bis einschließlich 5000 M an eine dortige Pappengroßhandlung als Altpapier ab. Die Kaufkraft, d. h. der Nominalwert der Sendung, die im ganzen 106 Kilogramm wog, beträgt 40 Millionen 457 Tausend Mark, während der ausgezahlte Altpapierwert sich auf drei Milliarden 28 Millionen 471 Tausend Mark stellte. — Sogar beim 50 000-M-Schein ist zurzeit der Altpapierwert größer als der aufgedruckte Wert.

Wie man gutes Mehl erkennt. Die Mehlfälschungen bleiben, trotz aller Kontrolle weiter im Schwung. Die Hausfrau aber wird Wert darauf legen müssen, wirklich gutes und unverfälschtes Mehl zu haben, denn es ist das ergiebigste. Sie wird daher jedesmal beim Mehlkauf prüfen müssen, ob das Mehl auch wirklich gut ist. Gutes und unverfälschtes Mehl hat ein feines Ansehen, färbt sich mild und fettig an und ballt sich beim Zusammendrücken. Als Erkennungszeichen der Verfälschung dient folgendes: Man presse eine Handvoll Mehl fest zusammen und lege sie auf einen Tisch. hält es zusammen, so ist es unverfälscht, zerfällt es aber sofort, so ist eine Vermischung mit fremden Substanzen vorauszusetzen.

Der Beigeschmack des Fleisches. Man wird heute mit Fleisch sparsam umgehen und ein erworbenes Stück für mehrere Tage aufstellen wollen. Nun besteht aber die Gefahr, daß das Fleisch verdorbt. Man tut gut, Fleisch, dessen Verderben man befürchtet, zu kochen, um es später lieber aufzuwärmen. Bei aller Vorsicht aber kann bei großer Hitze das

Fleisch einen sogenannten Stroh bekommen und dann ist folgendes Mittel anzuwenden: Man werfe während des Bratens oder beim Ausföhren einige völlig ausgebrannte glühende Holzstöße in die Bratpfanne oder in den Topf, wiederhole dieses einige Male und nehme sie später wieder heraus. Jeder Beigeschmack wird dadurch beseitigt und das Fleisch frisch sein.

Allerlei

Am Ende. Der Dollarkurs kommt heute früh aus New-York mit 100 Milliarden Papiermark. Damit ist die deutsche Geldwirtschaft endgültig zusammengebrochen und jeglicher Maßstab für die Kaufkraft einer Milliarde verloren gegangen. Die Goldmark bedeutet jetzt 24 Milliarden Papiermark, der Goldpfennig sonach 240 Millionen. Welche Preise uns in den nächsten Tagen für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett usw. bevorstehen, ist leicht zu errechnen, wenn man die alten Friedenspreise dieser Waren zugrunde legt und den Pfennig in eine Viertelmilliarde Papiergeld umrechnet.

Großzügige Hilfe. Die Bürgerschaft (Bürgerausschuß) Hamburgs bewilligt aus Mitteln des Wohlfahrtsamts 160 Millionen Mark zur besonderen Unterstützung der Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, um ihnen den Uebergang zur freien Brotwirtschaft zu erleichtern. Der Senat hat weitere 100 Millionen beantragt. Außerdem sind viele Millionen als Vorschüsse und Beiträge zur Verbilligung der Lebensmittel und zur Beschaffung von Brennstoffen für Kinderbewohnte bewilligt worden.

Übermäßige Hilfe für Japan. Die Londoner „Times“ meldet aus Osaka, die Hilfsleistungen an Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. liefen und laufen noch immer in Japan aus aller Welt, besonders aus den Vereinigten Staaten, in so großen Mengen ein, daß die großen Städte Tokio, Yokohama und andere tatsächlich nicht wissen, wie sie die ungeheuren Vorräte unterbringen sollen, da die Anfuhr viel größer ist als die Nachfrage. Obgleich für verderbliche Waren große Lagerräume erbaut worden sind, gehen riesige Mengen zugrunde. Nach dem Brand war Tokio ohne Benzin. Jetzt ist so viel Benzin aus dem Ausland geschickt worden, daß die Schiffe, die es bringen, die Ladungen nicht mehr löschen, sondern sie wieder mitnehmen. — Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gebild gestalten.

Abbau. Die städtischen Behörden in Jahnitz (Anhalt) haben ihre Geschäftsstunden jetzt auf die Vormittagsstunden beschränkt.

Die englischen Aufsichtsgesellschaften Handley Page, Inston, Daimler und Air pad haben sich zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen.

Das bestohlene Oberbergamt. In das Oberbergamt in Halle wurde eingebrochen. Es sind für viele hundert Milliarden Silberzettel gestohlen worden.

Raubüberfall. In Berlin-Börsensee überwältigten acht bewaffnete und maskierte Räuber den Wächter der deutsch-amerikanischen Erdölgesellschaft und raubten aus dem Verwaltungsgebäude 560 Milliarden Mark. Einem der Räuber biß der Wächter im Kampf ein Stück Fleisch aus der Hand.

Totgebissen. In Berlin wurde ein Wäschebier, der in eine Bodenlampe eingestiegen war, von dem zur Wache eingesperreten Hund durch einen Biß in die Kehle getötet.

Eisenbahnunfall. Vor dem Bahnhof Könnern in Halle haben sich von einem Güterzuge auf unerklärliche Weise zwei Drittel der Wagen gelöst. Der Zug hatte Haltsignal bekommen. Während der vordere Teil des Zugs hielt, sausten die restlichen zwanzig Wagen mit voller Wucht auf der abschüssigen Strecke auf den haltenden Teil auf. Fünf Wagen wurden ineinandergeschoben, andere stürzten in den Graben. Es handelt sich um holländische Wagen, die im Leunawerk mit Kunstböden beladen worden waren. Ein riesiger Trümmerhaufen bedeckt die Unfallstelle.

Oesterreichische Liebesgaben. Unter dem Vorsitz des Obmanns der Großdeutschen Volkspartei, Kandi und des christlich-sozialen Führers Dr. Weiskirchner hat sich die Wiener deutsche Arbeitsgemeinschaft und der Bund der Reichsdeutschen in Oesterreich zu einem Arbeitsausschuß vereinigt. In einem Aufruf fordert er auf, Lebensmittelpakete nach Deutschland zu schicken. Die Pakete werden in sechs Arten zu 5 und 10 Kilogramm zum Preis von 63 000 bis 150 000 Kronen, alle Kosten inbegriffen, ausgesandt. Reichsdeutschen Anwärtern auf solche Pakete wird empfohlen, sich an ihre Angehörigen und Bekannten in Oesterreich wegen Zustellung solcher Pakete zu wenden, gegebenenfalls unter Anweisung der entsprechenden Geldbeträge. Das Handelsministerium hat außerdem durch Erlaß alle Zollstellen angewiesen, Liebesgaben mit Lebensmitteln nach Deutschland ohne besondere Nachprüfung zollfrei hinauszugehen zu lassen. — Wie rasch sich die Zeiten geändert haben! Vor einem Jahr noch unterstützten wir die Oesterreicher, heute unterstützen sie uns!

Der städtische Finanzausschuß in Wien wird über den Antrag des Bürgermeisters Reumann Beschluß fassen, im Bedenken an die vielfache Hilfe Deutschlands für Wien eine Spende von einer Milliarde Kronen (1 Krone heute etwa 570 000 Papiermark) zur Linderung der Not des deutschen Volks zu bewilligen. Die Summe soll dem Reichspräsidenten Ebert zur Verfügung gestellt werden.

An unsere Bezieher!

Die Bezugswoche der württemb. Tageszeitungen umfaßt bekanntlich den Zeitraum von Donnerstag bis Mittwoch. Während jeder Gewerbetreibende sich gegen die Entwertung des Geldes dadurch schützt, daß er seine Preise nicht in Papier-, sondern in Goldmark festsetzt, haben die Zeitungen hiervon bisher Abstand genommen. Der furchtbare Sturz der Mark in den letzten Tagen hat bewirkt, daß die festgesetzten Bezugspreise nur einen Bruchteil der bei der Herstellung und Verbreitung einer Zeitung entstehenden Aufkosten decken. Man bedenke: Alles, was die Zeitung braucht, Papier, Farbe, Blei, Kohlen und sämtliche sonstigen Materialien bis zum Schmieröl und Pflumpen, muß sie in Goldmark bezahlen, und zwar vielfach, so beim Papier, in Goldmark nach dem Dollarkurs des der Zahlung folgenden Tages. Die Verluste, die den Zeitungen dadurch entstehen, daß sie Papiermark einnehmen, aber Goldmark ausgeben müssen, betragen in einer einzigen Woche viele Millionen. Das richtet die Zeitungen zugrunde. Sollen die Zeitungen weiter bestehen, sollen sie das Papier und die sonstigen Rohstoffe kaufen, sollen sie vor allen Dingen ihre Angehörigen und Arbeiter bezahlen können, so müssen sie mindestens auf pünktlichste Bezahlung der Bezugspreise halten. Die Zeitungen sind in äußerster Not! Um sich vor dem sicheren Untergang zu schützen, haben sie beschloffen, an dem für die Woche Donnerstag bis Mittwoch festgesetzten

Bezugspreis nur bei denjenigen Abonnenten festzuhalten, die in der Zeit vom Donnerstag bis Samstag ihrer Zahlungspflicht nachgekommen sind. Wer die Quittung jedoch erst später einlöst, muß einen höheren Bezugspreis zahlen, der der Entwertung des Geldes entspricht. Dieser höhere Bezugspreis wird regelmäßig Samstags festgesetzt und Montags bekannt gegeben. Diejenigen Bezieher, die von dem Trägerpersonal beim Einfassieren nicht angetroffen wurden, oder aus irgend einem sonstigen Grund den Bezugspreis nicht pünktlich in den Tagen vom Donnerstag bis Samstag an die Trägerinnen bezahlen konnten, können sich vor der Zahlung des durch die Entwertung entstandenen höheren Bezugspreises nur dadurch schützen, indem sie die Bezugsgebühr der Zeitung bis spätestens Samstag, 5 Uhr, bei der Zeitungs-geschäftsstelle direkt in bar entrichten. Außerhalb kann diese Zahlung bei der Agentur erfolgen.

Verein Württembergischer Zeitungsvorleger E. V.

Das Wetter

Eine schwere Störung, die fast einem Sturmwirbel gleichkommt, zieht über Süddeutschland hinweg. Auf ihrer Rückseite ist am Freitag und Samstag noch häufige Bewölkung bei starker Luftbewegung und gelegentlichen Regenschauern, aber ziemlich milder Temperatur zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Die Reichsratsitzung abgefragt.

Berlin, 24. Okt. Die auf Mittwoch nachmittag 5 Uhr angefragte Reichsratsitzung, in der bekanntlich Bernittlungsversuche in dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern gemacht werden sollten, ist in letzter Stunde abgefragt worden. An Stelle der Reichsratsitzung wird um 5 Uhr in der Reichskanzlei eine Beratung der in Berlin anwesenden Ministerpräsidenten der Länder stattfinden.

Die nächste Reichstagsitzung.

Berlin, 24. Okt. Die nächste Vollversammlung des Reichstages wird voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden (?) und zwar am Freitag oder Samstag. Die endgültige Festsetzung des Termins hängt davon ab, wie der Reichsrat mit seinen Beratungen über die bayerische Frage fertig wird. Der Reichstag wird sich in seiner Plenarsitzung vornehmlich mit dem Arbeitszeitgesetz beschäftigen, das der Reichsrat bereits verabschiedet hat.

Politische Besprechungen in Hagen.

Berlin, 24. Okt. Am Donnerstag werden wichtige politische Besprechungen in Hagen stattfinden, an denen der Reichskanzler, der Innenminister und der Minister für die besetzten Gebiete teilnehmen wird. In den Besprechungen werden sämtliche politischen Parteien des alt- und neubesetzten Gebiets durch führende Persönlichkeiten vertreten sein, ebenso Vertreter der Berufsstände.

Wertbeständige Tarife bei der Reichsbahn.

Berlin, 24. Okt. Wie die T. L. erfährt, sind beim Reichsverkehrsministerium alle Vorbereitungen getroffen, um wertbeständige Tarife für den Personen- und Güterverkehr durchzuführen, wenn die wertbeständigen Zahlungsmittel in den Verkehr gelangt sind.

Die Niederlage der Sonderbündler.

Berlin, 24. Okt. Wie aus Frankfurt a. M. zusammenfassend berichtet wird, ist am Mittelrhein der separatistische Gewaltstreik nach einigen anfänglichen Scheinfolgen überall mißglückt.

Die Opfer von Hagen.

Hagen, 24. Okt. Bei der Befreiung der Stadt Hagen von den Sonderbündlern sind 1 Toter und 5 Verwundete zu beklagen. Das Verhalten der Schutzpolizei wird von amtlicher Stelle als musterhaft hingestellt. In den Händen der Sonderbündler befinden sich zwei namhafte Bürger der Stadt als Geiseln.

Geiteres.

Anders gemeint. „Was, vier Hüte auf einmal hast du dir bestellt! Aber du hast doch gesagt, zu dem neuen Kostüm brauchstest du keinen besonderen Hut.“ „O bitte, Paul, ich habe gesagt: dazu paßt jeder Hut.“ („Regendorfer Blätter.“)

Verschiedene Rechnung. „Zu einem Mantel brauchen gnädige Frau dreieinhalb Meter.“ — „Da möchte ich doch erst meine Schneiderin fragen.“ — „Dann brauchen Sie vier Meter.“ („Regend. Bl.“)

Der arme Staat. Ein behäbiger Frankfurter Bürger beklagte sich am Stammtisch über das neue Devisen- und Gold-Abgabe-Gesetz. Hierauf beschwichtigte ihn sein Freund: „No, Freundche, reg' dich net so uff, so wie ich dich kenn', is des aanzige was de abgibt: die eidesstaatliche Erklärung!“ J. B.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 24. Okt. 63 157 500 000 (56 140 000 000). Der Wert von 1 Milliarde Mark in Pfennigen am 22. Okt. in Holland 11, Belgien 40, Norwegen 18, Dänemark 18, Schweden 11, Italien 45, London 11, Neuyork 10, Paris 35, Schweiz 11, Spanien 15.

Goldankaufspreis der Reichsbank am 23. Okt. 183 500 800 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.

Deutscher Geldmarkt bei reichlichem Angebot 4 und 5 Prozent. Die wertbeständige Goldanleihe in Baden wird demnächst in einem Betrag von 2 100 000 Goldmark auf den Markt gebracht und nach Bedarf durch Vermittlung der Badischen Bank ausgeben.

Edelmetalle. 1 Gramm Feingold 40 Milliarden Geld, 45 Brief, Feinhornsilber 1150 bzw. 1250 d. Rio, Silber in Barren (1000 fein) 1080 bzw. 1200 d. Rio.

Berliner Vorkermarkt am 22. Okt. 13 Milliarden für das Pfd. Milchpreis in Hamburg 700 Millionen das Liter, Magermilch 280 Millionen.

Der Brotpreis in Berlin ist für den Laib von 1900 Gramm auf 7 1/2 Milliarden Mark erhöht worden.

Werkzahlen. Großhandel 1023millionenfach, Lebensmittel 838, Inlandswaren 1006, Einfuhrwaren 1525, Steuernrechnungsfach für Landabgabe usw. 13 300 (936), Buchdruckschlüsselzahl 600 (300), Buchhandel 13 000, Goldfranken 8900 (912), Vertriebsfähigkeitszahl der Metallindustrie in Württemberg und Hohenzollern vom 22. bis 28. Okt. 841 751, für das Gastgewerbe für 1 Zimmer 6 Milliarden ab 24. Oktober.

Karlsruher Produktionsbörse, 24. Okt. Weizen und Roggen: Der Markt ist still. Geschäfte sind, der immer mehr in Erscheinung tretenden Goldknappheit wegen, unregelmäßig. Dazu kommt die un-

sichere politische und wirtschaftliche Lage. Vomnuelle Preise: Weizen: 275—300 Milliarden, Roggen 200—220, Gerste 200—210, Hafer 200—210, Weizenmehl 485—500, Roggenmehl 420—430, Mehl je nach Fabrikat 75—110, Malzmalz und Vortreiber ohne Sack 80; alles in Papiermark auf wertbeständiger Grundlage. — Für Wein e hörte man nennen: Alter Weiswein das Liter ohne Steuer 50 Goldpfennige, alter Rotwein 70—75 Pfennig, Rotwein in Marken: Die Goldmarkpreise haben sich gegenüber der letzten Woche nicht verändert.

Märkte

Laichingen, 24. Okt. Viehmarkt. Dem Kirchweihfestmarkt waren zugeführt: 1 Faren, 10 Ochsen, 4 Kühe, 18 Rinder, Kalbels und Jungvieh, 32 Milch- und 5 Käuferschweine. Der Handel war flau. Milchschweine kosteten rd. 40 Milliarden pro Stück.

Fruchtpreise am 23. Okt. Der Schranne in Neuffingen waren 68,14 Jtr. Weizen, 147,20 Jtr. Gerste, 319,71 Jtr. Haber, 27,32 Jtr. Alber Dinkel zugeführt. Preise per Jtr. in Milliarden: Weizen 14—27, Gerste 15—25, Haber 10—15, Alber Dinkel 15 bis 25. — In U r a c h wurden pro Jtr. bezahlt: Dinkel 13—22 Milliarden, Gerste 15—23, Haber 8—14, Weizen 16,2 bis 30, Roggen 18 Milliarden Mark. — Auf der Schranne in Neuffingen wurde verkauft: 244 Jtr. Weizen, 89 Jtr. Roggen, 780 Jtr. Gerste, 108 Jtr. Haber, 1 Jtr. Erbsen. Bezahlt wurden (in Milliarden Mark) für Weizen 23—29, Roggen 22—29, Gerste 13—27, Haber 18—23, Erbsen 30.

Leinwand, 23. Okt. Hopfen. Am Montag war der Handel wieder sehr lebhaft, jedoch ist nur wenig käufliche Ware vorhanden. Bezahlt wurden bis 800 Milliarden.

Hopfenmarkt. Am Dienstag wurden bis 2 1/2 Millionen Mark für den Zentner Hopfen bezahlt.

Gaben für die Volksküche.

Die Volksküche wird noch diese Woche in der Wilhelmsschule eingerichtet. Die Kosten des Küchenbetriebs trägt in der Hauptsache die Stadtgemeinde, doch ist es nicht des wohlhabenden und des arbeitsfähigen Teils der Bevölkerung, an den Kosten der Verköstigung der gebrechlichen alten Leute mitzutragen. An manchen Orten werden die Notleidenden ganz aus Mitteln der privaten Wohltätigkeit unterhalten.

Es ergeht deshalb die Bitte um freiwillige Gaben an alle, die hierzu in der Lage sind. Neben Geldgaben sind Gaben in haltbaren Lebensmitteln (Kartoffeln, Mehl, Reis, Fett usw.) sehr erwünscht. Gaben nehmen entgegen: Oberlehrer Walz und Schuldiener Sirtz hier.

Wildbad, den 23. Oktober 1923

Ev. Stadtpfarramt. Kath. Stadtpfarramt. Stadtschultheißenamt.

Wildbad, den 24. Okt. 1923.

Todes-Anzeige.

Heute früh verschied unser liebes

Rösle Bozenhardt

im Alter von 74 Jahren.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen

Karl Bozenhardt.

Beerdigung: Freitag nachmittag 4 Uhr.

Konsum- und Sparverein Wildbad

und Umg., G. m. b. H.

Das Mostobst ist nun endlich angetroffen und wird ab Freitag mittag 1 Uhr am Güterbahnhof ausgegeben — Wer bis Freitag abend das Obst noch nicht abgeholt hat, verliert den Anspruch hierauf.

Wie bereits bekannt, wurde f. Zt. leider nur die erste Anzahlung (im August) der liefernden Firma zum Deutschen Antauf zur Verfügung gestellt, jedoch daher nur ein ganz kleines Quantum Obst geliefert werden konnte.

Preis per Zentner 15 Millionen, oder mit anderen Worten: für je 1 1/2 Millionen Anzahlung — 10 Pfund.

Die bestellten Kartoffeln sind bis jetzt immer noch nicht angetroffen, kommen aber ganz bestimmt.

Der Geschäftsführer.

Linden-Lichtspiele.

Samstag abend halb 9 Uhr

Sonntag nachm. 4 Uhr und abends. 9 Uhr.

Das Riesen-Sensations-Programm:

12 Akte! In der Hauptrolle EDDIE POLO 12 Akte!

„SEPIRATEN“

6 Episoden, 36 Akte.

5. Teil: „Um Leben und Tod“.

„Mit Büchse und Lasso“

6 Episoden, 34 Akte.

5. Teil: „Durch Not und Tod“.